



Ratsfraktion der FDP
Rede zum Haushalt 2013 (Drucksache DS0318/12)
Sitzung des Stadtrates am 10. Dezember 2012
Hans-Jörg Schuster, Fraktionsvorsitzender

Anrede

Ohne Zweifel ist es Magdeburg in den vergangenen Jahren gelungen, eine erfolgreiche Politik der Haushaltskonsolidierung zu betreiben.

Wesentlichen Ursachen, die uns – wie viele andere Kommunen auch - in eine Verschuldungsspirale getrieben haben, waren:

- Mangelnde eigene Steuereinnahmen,
- ein riesiger Personalüberhang,
- ein FAG, das den kommunalen Finanzbedarf systemisch fehlerhaft ermittelte und
- vom Land und vom Bund zugewiesene Aufgaben, die nicht gegenfinanziert waren.

Nur ein striktes Spardiktat, d.h. Reduzierung der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen sowie die durchgreifende Veränderung der Rahmenbedingungen konnten aus der Schuldenfalle helfen.

Unsere Brüder und Schwestern vom hellen Strande an der Saale haben diesen Weg noch nicht geschafft. Schenkt man aktuellen Informationen Glauben, so muss der neue Hallesche OB zur Zeit noch ein 20 Mio. großes Loch für den Haushalt 2013 stopfen.

Anrede

Das Finanzausgleichsgesetz wurde durch die Landesregierung novelliert und die Kommunen sollen nun den tatsächlichen Finanzbedarf für die Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben erhalten.

Heißt es.

Allerdings hat Herr Platz am Donnersteg schon mal von seiner Erfahrung mit dem Hundegesetz berichtet und festgestellt, dass bei der Umsetzung dieses Gesetzes die vom Land zugewiesenen 7000 € wohl eher als Scherzbetrag zu interpretieren sind, weil damit die ernsthafte Finanzierung der übertragenen Aufgabe überhaupt nicht machbar ist.

Die Planung der Einnahmen aus Steuern und ähnlichen Abgaben sieht eine stetige Steigerung vor. 2013 sollen es nun fast 211 Millionen Euro Einnahmen werden. Wie von uns befürchtet, beinhaltet der diesjährige Haushaltsentwurf auch die Fortschreibung der Anhebung der Grundsteuer um 10%.

Wir möchten das nicht so stehen lassen. Im vorigen Jahr hatten wir dabei noch die Kollegen von der CDU an unserer Seite. Nun sind wir scheinbar die einzigen, die Steuererhöhungen und seien sie noch so klein, eine Absage erteilen.

Steuern, Gebühren und Abgaben belasten die Bürger – einmal eingeführt, entwickeln sie eine Eigendynamik, die nur eine Richtung kennt: nämlich nach oben.

Und wer glaubt, dass die Leute die Grundsteuererhöhung schon widerspruchslos geschluckt haben, der irrt. Die meisten Mieter werden es noch gar nicht realisiert haben und werden staunen, dass sich die Anhebung in ihrer Betriebskostenabrechnung wieder findet. Grundsteuer ist keine Reichensteuer wie vielleicht der eine oder andere denken mag. Die trifft im Prinzip jeden.

Ich darf erinnern: Im vergangenen Jahr sollte die Erhöhung als einmalige Einnahme zum Ausgleich der Mindereinnahmen beim FAG von rund 2,5 Millionen Euro dienen.

Dieses Jahr hat man sich nicht mal mehr die Mühe gemacht, eine griffige Erklärung zu finden. Die Erhöhung ist einfach im Haushalt drin.

Um die neuerliche Anhebung der Grundsteuer B zu vermeiden, haben wir Liberale mit Antrag Nr. 9 den Vorschlag unterbreitet, bei den Gesellschaften mit städtischer Beteiligung die Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt um 10 % abzusenken.

Das wären dann wieder die in Rede stehenden 2,5 Mio. €

Wir denken, dass das schon verkraftbar wäre. Schließlich müssen alle den Gürtel etwas enger schnallen und warum nicht auch dort. Im Finanzausschuss versuchte man uns allerdings bereits schon eines Besseren zu belehren. Interessanterweise wurde dort von Seiten der Verwaltung besonders auf die Situation der MVB hingewiesen, für die eine derart drastische Reduzierung der Zuschüssen keinesfalls verkraftbar wäre. Dieselbe MVB, der wir am vergangenen Donnerstag - mal so zwischen durch - mit Stadtratsbeschluss 2 Mio. Liquidität abgezogen haben.

Da frage ich mich schon, wie das eigentlich gehen kann, wenn bei der MVB angeblich so hart auf Kante genäht wird.

Aber meine Damen u Herren,

da zu erwarten ist, dass Sie unserem Antrag - die Beschlusslage des Haushalts 2012 zu respektieren und keine neuerliche Anhebung der Grundsteuer B zuzulassen - ablehnen werden, möchten wir zumindest Ihre Zustimmung zum Änderungsantrag 39 einfordern. Nämlich die erfolgte Anhebung jährlich zu evaluieren, mit dem Ziel einer Rückführung des Hebesatzes auf 450 %.

Anrede

Wir haben 2013 derzeit einen in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushalt. Aber dieser Umstand berechtigt uns nicht, unsere Konsolidierungsbestrebungen abzuschwächen. Wir müssen weiter konsequent dafür Sorge tragen, dass unser Altdefizit, ehemals in Höhe von 180 Millionen Euro, weiter abgetragen wird.

Das FAG habe ich schon angesprochen. Es gibt die Stark-Programme, die uns zu günstigen Krediten verholfen haben und Konditionen bieten, um den Sanierungsstau im Schul- und Kita- Bereich abzubauen. Die Programme sind zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden und haben auch dafür gesorgt, dass unsere Investitionsquote nicht ins Bodenlose abstürzt.

Auch der Bund hat Maßnahmen zur Entlastung der Kommunen ergriffen. In unserem Antrag 14 haben wir das Thema „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ aufgegriffen. Wir wollen wissen, welche Auswirkungen die Übernahme der Nettokosten durch den Bund auf unseren Haushalt hat. In diesem Jahr ist der Anteil des Bundes von 16% auf 45% gestiegen und wird im nächsten Jahr auf 75% steigen und 2014 dann auf volle 100 % angehoben. Zuständig für die Mittelverteilung an die Kommunen sind die Bundesländer und wir hoffen mal, dass das Sachsen- Anhaltische Finanzministerium den vollen Betrag wirklich weiterleitet.

Diesem unserem Ansinnen ist der Finanzausschuss gefolgt und ich denke, der Stadtrat tut dies auch.

Anrede

Wie lange die positive Entwicklung des Finanzhaushaltes Bestand hat, vermag heute sicher niemand zu prognostizieren. Schließlich bewegen wir uns nicht im luftleeren Raum, sondern leben im Herzen von Europa und keiner weiß, wie die gegenwärtige Krise ausgeht und wie sie uns vielleicht noch trifft.

Auch darum sehe ich es mit Sorge, dass sich in Magdeburg auf wirtschaftlichem Gebiet nur sporadisch und in kleinen Schritten etwas tut. Um Krisen eigenständig zu bewältigen und das Auslaufen von Förderperioden aufzufangen, reicht die eigene Wirtschaftskraft der Stadt nach wie vor nicht aus.

Der Platz 1 für unsere Stadt im kürzlich veröffentlichten Dynamik-Ranking ist noch lange kein Garant dafür, mittel- oder langfristig das Niveau vergleichbarer Städte in Westdeutschland zu erreichen.

Wir müssen uns weiterhin bemühen, unseren Standort attraktiver zu machen und besser mit dem zu werben, was wir vorzuweisen haben. Dazu zählen neben den harten auch die weichen Standortfaktoren. Wir haben eine gute Infrastruktur, die wir erhalten und ausbauen müssen, unsere Kinderbetreuungsangebote sind beispielhaft. Wir haben überregional anerkannte Theater und Museen und verfügen über eine Reihe attraktiver Freizeitangebote und Spielstätten.

Vor wenigen Tagen hat die Villa P – mit der Mitteldeutschen Figurenspielsammlung – ihre Pforten geöffnet und am Wochenende hat die dritte Otto-Ausstellung im Museum erfolgreich - wenn auch nicht ganz so überragend wie ihre Vorgängerausstellungen - ihre Pforten geschlossen. Um nur zwei Beispiele überregionaler Aktivitäten zu nennen.

Die allermeisten Bürger identifizieren sich mit ihrer Heimatstadt.

Die Stadt hat im auslaufenden Jahr zur Imagepflege nach außen und innen auch durch die Verleihung von Ehrenbotschaftertiteln beigetragen. Dies übrigens fast kostenfrei, im Gegensatz zu einem Aktivitätenkomplex des Wirtschaftsdezernats, auf den ich hier nicht eingehen soll.

Anrede

Ein Aushängeschild einer Stadt ist aber auch ihre gute, effektive und bürgernahe Verwaltung, über die wir zweifelsohne hier verfügen.

Aber das schlägt sich unter Haushaltsgesichtspunkten zunächst auch in den Kosten nieder. Mehr als ein Fünftel (ca. 21%) beträgt 2013 der Anteil der Personalkosten an den Aufwendungen des Haushalts. Das sind etwa 118 Millionen Euro, ohne mögliche Tarifaufwüchse. Herr Platz erläutert an dieser Stelle in den Haushaltsberatungen immer gern, was wäre wenn wir nicht schon einen großen Teil unserer Hausaufgaben erledigt hätten.

Und er hat recht: ohne Konsolidierungsmaßnahmen durch Personalabbau würden diese Kosten jetzt wahrscheinlich bei über 200 Millionen Euro liegen. Aber diese Zahlen sagen noch nichts über Arbeitsbelastungen und Effektivität, über Arbeitsproduktivität und Engagement aus.

Dies zu untersuchen, muss weiter konsequent, ergebnis- und zielorientiert erfolgen. Es geht uns dabei nicht um weitere Stellenreduzierungen nach der Rasenmähermethode.

Nein, es wird auch Bereiche geben, in denen ein Stellenaufwuchs unvermeidlich scheint - Stichwort: demografische Entwicklung.

Den strukturellen Veränderungen ist aber in beiden Richtungen Rechnung zu tragen.

Und ganz wichtig: Die Feststellung, welche Aufgaben die Stadt im Rahmen ihrer kommunalen Daseinsfürsorge zu erfüllen hat und welche Aufgaben durch Dritte erledigt werden können.

In diesem Zusammenhang darf ich auch an unseren Änderungsantrag zur Krankenstandsplanung (ÄA 16) erinnern.

Ein permanenter Krankenstand von 7 % bei 2.678 Mitarbeitern 2012 ist hoch.

Wenn auch ein Faktor von 1,5 % bei den Langzeiterkrankten positiv auf die Personalkosten wirkt - nach 6 Wochen zahlt die Krankenkasse - dürfte das ja wohl nicht ein erstrebenswertes Ziel sein.

Ein erfolgreiches Gesundheitsmanagement hilft Verwaltungskosten zu minimieren und Personalkosten zu sparen. Ich denke, in diesem Bereich haben wir noch Potential. Und ich weiß, das Dezernat I arbeitet daran und bin auf die Ergebnisse gespannt. Wir werden im nächsten Haushalt darüber zu reden haben. Und der nächste Haushalt kommt bestimmt.

Anrede

Ein anderer Bereich, in dem aus unserer Sicht durchaus effektiver gearbeitet werden könnte, ist die Kinder- und Jugendarbeit.

Ein Beispiel: Wir haben einen Änderungsantrag (Nr. 12) vorbereitet, der sich mit der Konzentration der Bewirtschaftung der Spielplätze befasst. Für diese sind der Stadtgartenbetrieb, der Fachbereich Schule und Sport, das Jugendamt, das KGM oder auch mal die WOBAU zuständig. In der Sitzung des Finanzausschusses wurde uns erklärt, dass eine Konzentration der Bewirtschaftung nicht möglich ist, weil die Schulen und die Eltern das nicht wollen. Da muss unseres Erachtens offensichtlich noch Aufklärungsarbeit geleistet werden. Das wollen wir in den nächsten Monaten gern tun. Auch mit neuerlichen Anträgen.

Für heute ziehen wir den Antrag zurück, da er für das Haushaltsjahr 2013 keine konkreten Auswirkungen gezeitigt hätte.

Anrede

Lt. Geschäftsbericht des Jugendamtes von 2010 verfügt der LH MD über 39 standortgebundene Angebote bzw. Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in kommunaler wie auch freier Trägerschaft.

Das Geld für deren Finanzierung reicht nun nicht mehr. Gerade hat sich u.a. wieder der Stadtjugendring an alle hier im Rat gewandt.

Nun schlagen aber selbst Einrichtungsbetreiber vor, lieber eine Einrichtung zu schließen, als die Angebote vieler zu gefährden. Dies ist doch ein Zeichen dafür, dass hier Evaluierungsbedarf besteht.

Wir wollen keine weiteren Kürzungen bei der Kinder- und Jugendarbeit. Es ist aber durchaus vorstellbar, die Jugendarbeit auf hohem Niveau zu halten, wenn es uns gelingt, weitere Ressourcen zu nutzen. Ich denke hier an eine bessere Zusammenarbeit mit den zahlreichen Sportvereinen. Ein paar Euro in den dortigen Jugendbereich investiert, könnte u. U. Wunder bewirken. Die Infrastruktur ist vorhanden, man muss alle Verantwortlichen aber wirklich mal an einen Tisch bekommen und für die Kinder- und Jugendarbeit werben. Ich denke, die für 2013 avisierte Weiterentwicklung der Jugendhilfeplanung muss so etwas beinhalten und könnte uns hier ein gutes Stück voranbringen.

Politisch ist für uns wichtig, die Kinder- und Jugendarbeit nicht isoliert zu betrachten. Sie ist Bestandteil der Bildungspolitik in Magdeburg. Für die Kinder und Jugendlichen finden Bildung und Erziehung nicht nur im Elternhaus, den Kitas und Schulen, sondern auch in Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie in Vereinen statt. Diesen ganzheitlichen Ansatz müssen wir bei den Planungen stets im Auge behalten.

Anrede

Den Bildungsgedanken möchte ich noch in einem anderen Zusammenhang aufgreifen. Derzeit wird das Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt überarbeitet und bereits heute ist viel von Inklusion die Rede. Diesen Ansatz fachlich zu bewerten maße ich mir nicht an.

Aber: den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen zu beschließen, hat auch finanzielle Konsequenzen für die Kommunen. Hier geht bereits heute die klare Forderung ans Land, sich dieser Verpflichtung auch zu stellen. Sonntagsreden über einschlägige UN-Resolutionen helfen wenig, wenn das Geld für mehr Lehrpersonal, bauliche und andere Notwendigkeiten fehlt.

Gleiches gilt für die zu erwartenden Auswirkungen des neuen Kinderförderungsgesetzes. So sehr wir begrüßen, dass die Geburtenrate in Magdeburg gestiegen ist, und damit die Anzahl der zu betreuenden Kinder zunimmt, so skeptisch sind wir auch, wenn es um die Finanzierung des neuen Kifögs geht.

Ab 1.8.2013 ist der gesetzliche Ganztagsanspruch für alle Kinder in Kindertagesstätten avisiert, ein Jahr später soll dies für alle Krippenkinder zutreffen. Darüber hinaus wird der Betreuungsschlüssel erhöht. All dies führt zu höheren Kosten. Landesweit sind jährliche Gesamtkosten von rd. einer halben Milliarde Euro in Rede. Also etwa 50 Mio. für uns.

Bereits im August 2011 hatten wir zu diesem Thema einen Antrag in den Stadtrat eingebracht, und gefordert, dass aus der geplanten Änderung des Kifögs keine zusätzlichen Kosten für die Landeshauptstadt erwachsen dürfen.

Wir erwarten nun, dass das Land nach dem Konnexitätsprinzip handelt, so dass die Aufgaben auch kostenneutral für die Stadt durchfinanziert werden.

Anrede

Lassen Sie mich zum Abschluss noch ein Wort des Dankes an das Dezernat II richten.

Herr Zimmermann und seine ambitionierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren auch in diesem Jahr offen für alle Fragen im Umgang mit dem Haushaltspapier und stets kompetente Ansprechpartner.

Anrede

Vor uns liegen wichtige Entscheidungen. Einerseits ist der Haushalt in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen – andererseits frage ich: Um welchen Preis? Eine für eine einmalige Aktion befristete Steuererhöhung wurde nicht zurück genommen trotz verbesserter Rahmenbedingungen.

Wir stehen dem Haushaltsentwurf nicht ablehnend gegenüber, auch wenn fast alle unserer Änderungsanträge bereits im Finanzausschuss verworfen worden sind, und zu erwarten steht, dass der Stadtrat mehrheitlich auch so handeln wird.

Wir werden auf Grund der genannten Tatsachen dem Haushalt aber auch nicht zustimmen können.

Allen, die mir zugehört haben, danke ich für ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort!